

Nr. 308 | 21.03.2023

Polen-Analysen

Demografische Entwicklungen in Polen

■ ANALYSE	
Demografische Entwicklungen in Polen. Konsequenzen und Herausforderungen für die Sozialpolitik Anita Abramowska-Kmon, Wirtschaftshochschule (SGH), Warschau	2
■ STATISTIK	
Der Verlauf der demografischen Entwicklung in Polen	7
■ UMFragen	
Familienmodell, Unterstützung für Familien und Anzahl der Kinder	12
■ CHRONIK	
7. - 20. März 2023	16

Demografische Entwicklungen in Polen. Konsequenzen und Herausforderungen für die Sozialpolitik

Anita Abramowska-Kmon, Wirtschaftshochschule (SGH), Warschau

DOI: 10.31205/PA.308.01

Zusammenfassung

Der demografische Wandel, der in Polen seit dem Umbruch 1989/90 zu beobachten ist, stellt das Land vor große soziale und ökonomische Herausforderungen. Die Zahl der Älteren nimmt rasch zu, die der Kinder und Jugendlichen dagegen deutlich ab. Der Rückgang der Geburtenrate geht dabei auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen zurück, etwa der Wandel des Familienmodells, die Zunahme der Single-Haushalte, späte Entscheidungen Kinder zu bekommen, begleitet von einer steigenden Zahl von Scheidungen und alleinerziehenden Eltern. Zwar hat sich die erwartete Lebensdauer deutlich nach oben entwickelt, doch stehen der Zugang zu Leistungen moderner Medizin und Pflege derzeit nur beschränkt zur Verfügung. Diese Entwicklungen führen zu der Frage nach grundlegenden Reformen, etwa bei der Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems, einer umfassenden Kinderbetreuung, Sicherung der Arbeitsplätze oder Zugang zum Wohnungsmarkt. Eine Änderung der demografischen Situation ist – trotz zahlreicher Anstrengungen in der Sozialpolitik der letzten Jahre – nicht in Sicht.

Polen erlebt wie andere europäische Länder auch seit einigen Jahrzehnten einschneidende demografische Veränderungen. Insbesondere sind diese seit Beginn der 1990er Jahre bei der Geburtenrate, der Sterblichkeit und der Migration zu beobachten. Sie führten zu einem deutlichen Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung, d. h. zu einem Anstieg der Anzahl und des Anteils älterer Menschen (»alternde Gesellschaft«), was vielfältige Folgen nach sich zieht. Das Ziel dieser Analyse ist es, ausgewählte Aspekte der demografischen Entwicklung in Polen vorzustellen, insbesondere der Geburtenrate, Sterblichkeit, der Alterung der Bevölkerung und der möglichen Folgen sowie auch die Herausforderungen, die vor der Sozialpolitik stehen. Aus Platzgründen wird auf einen wichtigen Aspekt der demografischen Entwicklung in Polen, die Migration, nicht eingegangen, der wegen der weitreichenden Folgen und Schwierigkeiten bei der Schätzung des Ausmaßes der Emigration und Immigration eine eigene Analyse erfordert.

Der Rückgang der Geburtenrate und Veränderungen des Familienmodells

Seit Mitte der 1990er Jahre lassen sich in Polen weitreichende Veränderungen im Bereich der Familie, ihrer Gründung, Entwicklung oder auch ihrem Auseinanderfallen sowie eine zunehmende Heterogenität von Familien und Haushalten beobachten. Die Bereitschaft, eine Ehe einzugehen, ging deutlich zurück. Ehen werden außerdem immer später geschlossen, immer häufiger gehen ihnen informelle Beziehungen voraus bzw. ersetzen diese die Ehe. Darüber hinaus verringerte sich die Dauer der Ehe und stieg die Häufigkeit von Scheidungen. Eine wesentliche Entwicklung vollzog sich auch bei

der Gebärfähigkeit: Die Nachkommenschaft gemessen in der zusammengefassten Fertilitätsrate sinkt seit 1990 stetig mit Ausnahme der Jahre 2004 bis 2009 und 2016 bis 2019, als ein geringer Anstieg verzeichnet wurde. Insgesamt fiel in den Jahren 1990 bis 2021 die Geburtenrate der Frauen im gebärfähigen Alter von knapp 2 auf gut 1,3, während sich die Anzahl der Lebendgeburt in diesem Zeitraum von knapp 550.000 auf knapp 332.000 verringerte (siehe Grafik 1 in der Rubrik Statistik). Die Geburtenrate der jüngsten Frauen (bis 24 Jahre) sank deutlich, bei Frauen im Alter von 30 Jahren und älter stieg sie jedoch, allerdings in einem viel kleineren Ausmaß. Im Ergebnis stieg der Altersmedian der Frauen beim ersten Kind von knapp 26 Jahren (1990) auf fast 31 Jahre (2021). Ähnlich vergrößerte sich der Anteil der außerehelichen Geburten von 6,2 Prozent auf 26,7 Prozent. Zusammen mit der längeren Lebenserwartung tragen diese Entwicklungen zu Veränderungen in der Struktur der Familien und der Haushalte sowie letztlich auch der Bevölkerungsstruktur (z. B. Familienstand, Anzahl der Kinder, Familientyp, Haushaltstyp) bei. Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung 2021 zeigen beispielsweise, dass der Anteil der Verheirateten zurückging, während der Anteil der Geschiedenen stieg.

Sterblichkeit, Lebensdauer, Gesundheitszustand

In Polen wurde von Beginn der 1990er Jahre bis 2014 ein systematischer Rückgang der altersbedingten Sterberate verzeichnet, was sich im Anstieg der Lebenserwartung sowohl von Neugeborenen (e_0) als auch von Personen im Alter von beispielsweise 60 Jahren (e_{60}) zeigte (siehe Grafik 2 in der Rubrik Statistik). Ähnlich

wie in anderen Ländern haben Frauen in Polen eine längere durchschnittliche Lebensdauer als Männer. Dessen ungeachtet wurde im genannten Zeitraum eine größere Zunahme bei der Lebensdauer der Männer als bei der Frauen festgestellt. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines männlichen Neugeborenen stieg von 66,2 Jahren auf 73,8 Jahre (+ 7,5 Jahre) und eines weiblichen Neugeborenen von 75,2 auf 81,6 Jahre (+ 6,4 Jahre). Auch die Lebenserwartung der 60-Jährigen stieg: bei Männern um 3,8 Jahre auf 19,2 Jahre und bei Frauen um 4,3 Jahre auf 24,3 Jahre. Zunächst war dieser Fortschritt eine Folge u. a. des deutlichen Rückgangs der Säuglingssterblichkeit (1990 betrug die Sterblichkeitsrate bei Säuglingen mehr als 19 pro 1.000 Lebendgeburten, 2022 lag sie unter vier) und im Folgenden eine Konsequenz des deutlichen Rückgangs der Sterblichkeit bei erwachsenen Personen (20 Jahre und älter), da die Sterblichkeit infolge verschiedener Krankheiten (z. B. Kreislaufkrankungen) sowie auch äußerer Todesursachen eingedämmt und auch der Anstieg der Sterberate aufgrund von Tumorerkrankungen gebremst wurde. Diese positive Entwicklung war das Ergebnis wirkungsvoller Veränderungen des Lebensstils der Bevölkerung sowie der verbesserten Qualität der öffentlichen Gesundheitsversorgung, hinzu kamen Fortschritte in der Therapie bestimmter Krankheiten sowie Verbesserungen bei der Schwangerschafts- und Geburtsbegleitung.

Leider ist seit 2015 eine Verlangsamung dieser positiven Entwicklungen zu beobachten und die Lebensdauer der Polen hörte nicht nur auf zu steigen, sondern sie sank sogar. In den Jahren 2014 bis 2019 stieg das Parameter e_0 bei Männern um 0,3 Jahre und bei Frauen um 0,2 Jahre. Die Ursache war ein Anstieg der Sterberate u. a. aufgrund von Erkrankungen der Atemwege und des Verdauungsapparates. Außerdem wurde seit 2015 bei Frauen ein Anstieg der Häufigkeit von Brust- und Lungenkrebs festgestellt, was zu mehr Todesfällen aus diesen Gründen führte. Die COVID-19-Pandemie begünstigte diese sich verschlechternde Situation und betraf insbesondere ältere Menschen. In den Jahren 2020 bis 2022 wurde in Polen eine Übersterblichkeit festgestellt, die deutlich höher war als in anderen Ländern. Hier ist darauf hinzuweisen, dass der Rückgang der Säuglingssterblichkeit seit 2016 immer langsamer verlief und sich schließlich auf einem stabilen Niveau hielt. 2021 stieg sie jedoch geringfügig auf 3,9 Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten im Vergleich zu 3,6 pro 1.000 Lebendgeburten im Jahr 2020 an, was ein beunruhigendes Phänomen ist. Es ist verbunden mit dem Anstieg der Sterblichkeit im Zusammenhang mit der Entbindung sowie dem wachsenden Anteil von Totgeburten und Todesfällen von Neugeborenen in der ersten Lebenswoche. Diese beunruhigenden Veränderungen können Folgen des Urteilspruchs des Verfassungstri-

bunals vom 22. Oktober 2020 sein, der die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs aufgrund schwerer genetischer Schäden des Fötus ausschließt.

In der Folge verringerte sich in den Jahren 2019 bis 2021 die Lebenserwartung sowohl eines männlichen bzw. weiblichen Neugeborenen als auch einer Person im Alter von 60 Jahren um mehr als zwei Jahre. Hier ist darauf hinzuweisen, dass Polen zu der Gruppe von Ländern gehört, die den Einfluss der COVID-19-Pandemie in diesem Bereich am stärksten spürten. Damit vergrößerte sich auch der Abstand, der Polen von anderen europäischen Ländern hinsichtlich Gesundheitszustand und Lebenserwartung trennt. Zudem sei an den Zustand der psychischen Gesundheit der Einwohner Polens erinnert, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, der sich verschlechtert hat. Insgesamt kann man also von einer Gesundheitskrise in Polen sprechen, was insbesondere im Zusammenhang mit der Pandemie ein beunruhigendes Phänomen ist.

Entwicklungen der Bevölkerungsgröße und Alterungsprozess der Bevölkerung

Die dargestellten Entwicklungen bei der Geburten- und Sterberate ziehen Veränderungen bei der Bevölkerungsgröße und ihrer Altersstruktur nach sich. Zwischen 1990 und 2022 belief sich der Bevölkerungsrückgang in Polen auf rund 380.000 Personen (ein Prozent). Zwar veränderte sich die Bevölkerungsgröße in diesem Zeitraum nur geringfügig, aber ihre Altersstruktur unterlag deutlichen Veränderungen: Der Anteil von 65-Jährigen und älter wuchs bezogen auf die Gesamtbevölkerung von zehn auf 20 Prozent, während der Anteil von Kindern und jungen Menschen von knapp 33 Prozent auf 20 Prozent deutlich sank (siehe Grafik 3 in der Rubrik Statistik). 2022 betrug der Anteil der 20- bis 64-Jährigen 60,6 Prozent und lag damit mehr als drei Prozentpunkte höher als 1990. Dieser Anteil war zunächst gestiegen, ab 2012 setzte jedoch sein Rückgang ein. 1990 machten hochbetagte Menschen (80+) zwei Prozent der Gesamtbevölkerung aus; 2022 war der Anteil doppelt so hoch. Hier ist darauf hinzuweisen, dass Polen unlängst noch zur Gruppe der demografisch jüngeren Länder gehörte. Allerdings bewirkt das im Vergleich zu den Ländern West- oder Nordeuropas höhere Tempo der beobachteten demografischen Veränderungen seit 1990, dass Polen in Zukunft eines der demografisch ältesten Länder Europas (und nicht nur) sein wird. Die Ergebnisse demografischer Prognosen zeigen, dass im Jahr 2060 Personen im Alter von 65+ ein Drittel der Bevölkerung ausmachen werden, Menschen bis zum Alter von 19 Jahren dagegen knapp 16 Prozent (siehe Grafik 3 in der Rubrik Statistik). Der Anteil der 20- bis 64-Jährigen wird sich bis 2060 voraussichtlich um fast elf Prozentpunkte auf unter 50 Prozent verringern, während der Anteil der 80-Jähri-

gen auf über zwölf Prozent ansteigen wird. Das verdient insofern besondere Aufmerksamkeit, als die Bevölkerung Polens in den Jahren 2010 bis 2025 einem starken Alterungsprozess unterliegt, zumal die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in den »Übergang ins Alter« eintreten. Hinzu kommt, dass sich ab 2025 der Alterungsprozess der Arbeitskräfte sowie ihre Verminderung verstärken werden. Es wird prognostiziert, dass sich das Arbeitskräftepotential (Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) bis 2060 um ein Drittel verringern wird, während sich die Gesamtheit der Berufstätigen ebenfalls um mehr als 30 Prozent reduzieren wird, sogar unter der Annahme eines Anstiegs der Beschäftigung.

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung werden von einem deutlichen Bevölkerungsverlust begleitet werden: Zwischen 2022 und 2040 wird sich die Bevölkerung Polens um fast zwei Millionen Personen (mehr als fünf Prozent) verringern und in den Jahren 2040 bis 2060 um weitere drei Millionen (knapp neun Prozent). Insgesamt wird die Bevölkerung zwischen 2022 und 2060 im Vergleich zu 2022 um mehr als fünf Millionen abnehmen (fast 14 Prozent). Dabei gilt, dass die Trends regional unterschiedlich sind; in manchen Regionen Polens lassen sich noch größere Veränderungen in der Struktur und Anzahl der Bevölkerung erwarten.

Einige Folgen der veränderten Altersstruktur

Der Prozess der alternden Bevölkerung zieht viele Konsequenzen in verschiedenen Bereichen des sozialwirtschaftlichen Lebens, sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene nach sich. Der Rückgang der Geburtenrate, der die Verringerung der Anzahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (bis zum 24. Lebensjahr) zur Folge hat, bedeutet, dass die Nachfrage nach Plätzen im Bildungssystem zurückgeht, vor allem in Grund- und Mittelschulen. Das kann zu einem verbesserten Zugang zu Bildungs- und Betreuungsangeboten für die jüngeren Kinder (Sechs- bis Siebenjährige) führen. Die kleiner werdende Zahl von 19- bis 24-Jährigen kann bewirken, dass der Druck auf das höhere Bildungswesen geringer wird, was sich positiv auf die Qualität der Ausbildung niederschlagen kann.

Der deutliche Anstieg der Anzahl von Rentnern sowie der beobachtete und vorgesehene Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen bei gleichzeitig weniger werdenden Einnahmen der Sozialversicherungssysteme stellt die Entscheidungsträger vor ungeheure Herausforderungen. Beispielsweise sagen Schätzungen der *Working Group on Ageing Populations and Sustainability (AWG)* des *Economic Policy Committee* der Europäischen Union voraus, dass die älter werdende Bevölkerung einen Anstieg der

öffentlichen Ausgaben in Polen bis 2070 in Höhe von vier Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vergleich zu 20,1 Prozent im Jahr 2019 nach sich ziehen wird und der Anstieg v.a. durch höhere Ausgaben in der Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege verursacht werden wird. (Vorhergesagt wird auch, dass diese Ausgaben für alle EU-Länder um 1,9 Prozentpunkte des BIP bis 2070 im Vergleich zu 24 Prozent des BIP im Jahr 2019 steigen werden.) Schätzungen der AWG für den analysierten Zeitraum zufolge werden sich die Ausgaben im Bildungsbereich und für die Rentenzahlungen geringfügig reduzieren (um 0,1 Prozentpunkt bzw. 0,2 Prozentpunkte). Der vorhergesagte Rückgang der öffentlichen Ausgaben für Rentenzahlungen bei gleichzeitigem erwartetem starkem Anstieg der Anzahl berechtigter Leistungsempfänger ist mit folgenden Faktoren verbunden: mit dem Gefälle zwischen der Durchschnittsrente und dem Durchschnittsgehalt um 6,8 Prozentpunkte des BIP, was die geringere relative Höhe der Renten widerspiegelt, mit der Verringerung des Rentenniveaus im Moment des Renteneintritts (fast 29 Prozent bis 2070) und mit der Beschränkung der Möglichkeit, in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen.

Die zunehmende Zahl älterer, auch hochbetagter Menschen (80+) bei damit einhergehender Verschlechterung des Gesundheitszustands hat zur Folge, dass der Bedarf an gesundheitlicher Betreuung und Langzeitpflege für ältere Menschen in Polen wächst. Schätzungen der AWG gehen davon aus, dass sich in den Jahren 2019 bis 2070 die Ausgaben der öffentlichen Hand für Gesundheitsleistungen auf 7,4 Prozent des BIP erhöhen werden (ein Anstieg von 2,6 Prozentpunkten) und für Langzeitpflege auf 2,4 Prozent des BIP (ein Anstieg von 1,6 Prozentpunkten). Hier muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Ausgaben für die Langzeitpflege in Polen sehr niedrig sind. Das bedeutet, dass der Zugang zu öffentlichen Betreuungsangeboten für ältere Menschen unzureichend ist, was umgekehrt dazu führt, dass diese Betreuung in informellen sozialen Netzwerken stattfindet. Vor diesem Hintergrund kann sich der prognostizierte Anstieg für die Langzeitpflege als nicht ausreichend erweisen.

Darüber hinaus ist die Frage der Unterstützung älterer hilfsbedürftiger Menschen auch gesellschaftlich und kulturell geprägt. Für die Versorgung der älter werdenden Eltern sind in erster Linie die Kinder verantwortlich und wenn die Kinder fehlen, die Geschwister und weitere Angehörige. Die Betreuung älterer hilfsbedürftiger Personen wird also vor allem von Familienmitgliedern (Ehepartner, Kinder, Schwiegerkinder) übernommen und weniger von Freunden, Bekannten und Nachbarn. Die Behörden sind zu Betreuungsleistungen für ältere Bedürftige bei deutlicher Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes nur verpflichtet, wenn in

der Familie keine Möglichkeiten bestehen, die Betreuung zu gewährleisten. Die Reichweite der offiziellen Hilfsleitungen ist allerdings nicht groß: Nur jede hundertste Person nutzt die Dienste der formalen Betreuung. Hervorzuheben ist, dass die nächsten Angehörigen am intensivsten Unterstützung leisten, sowohl was den täglichen Einsatz betrifft als auch die Dauer im Zeitverlauf. Andere Menschen helfen älteren Menschen eher ad hoc, vor allem wenn sich der Gesundheitszustand kurzfristig verschlechtert. Trotz des bedeutenden Engagements, das Menschen aus dem sozialen Umfeld für die Versorgung älterer Personen aufbringen, wird bei mehr als der Hälfte der Gesamtheit der Personen im Alter von 65 Jahren und älter der Versorgungsbedarf nicht gedeckt. Das führt zu der Situation, dass ein älterer Mensch Unterstützungsbedarf bei einer oder mehreren grundlegenden Tätigkeiten des Alltags anmeldet, aber keine adäquate Hilfe bekommt. Ein Teil des Betreuungsbedarfs bleibt vermutlich in geringem Maße unerfüllt, ein Teil aber auch in deutlichem Ausmaß. Das kann sich wiederum negativ auf den Gesundheitszustand und die Lebensqualität der älteren Menschen auswirken. Ein weiterer Aspekt ist, dass sich die festgestellten demografischen Entwicklungen (Geburtenrückgang, Anstieg der Lebenserwartung, Veränderungen im Familienmodell, Migration) negativ auf die Verfügbarkeit der informellen Betreuungskräfte auswirken, was wiederum einen verstärkten Bedarf an – im weiten Sinn gefasste – Betreuung für ältere Personen, öffentliche Versorgungsangebote inbegriffen, nach sich zieht.

Herausforderungen für die Sozialpolitik und Lösungsansätze

Die beobachteten und prognostizierten demografischen Entwicklungen in Polen, darunter die alternde sowie abnehmende Bevölkerung, haben viele sozialwirtschaftliche Folgen. Ein Teil von ihnen wird negative Auswirkungen haben, wenn nicht schon jetzt entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die angenommenen Folgen stellen sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die individuell Betroffenen vor ungeheure Herausforderungen. Um den negativen Folgen der alternden Bevölkerung entgegenzuwirken, werden verschiedene Schritte vorgeschlagen, mit dem Ziel, diesen Prozess zu verlangsamen und außerdem den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten. Eine mögliche Lösung wird im Geburtenanstieg gesehen – allerdings muss eingeräumt werden, dass dessen Folgen in Form einer höheren Anzahl von Geburten und letztlich jungen Menschen frühestens in einigen Jahren oder Jahrzehnten zum Tragen kommen werden. Wenig wahrscheinlich ist zudem, dass die zusammengefasste Fertilitätsrate auf ein Niveau ansteigen wird, das die natürlichen Todesfälle der Generationen ausgleichen kann, da es in Polen für junge Menschen viele

Hindernisse bei der Familienplanung gibt. Dazu gehören u. a. Schwierigkeiten, den Beruf und die Betreuung kleiner Kinder zu vereinbaren, da der Zugang zu qualitativ guten Betreuungseinrichtungen (Krippen, Kindertagesstätten) oder die Möglichkeit, in Teilzeit oder flexiblen Beschäftigungsformen zu arbeiten, beschränkt sind. Junge Frauen befürchten, dass sie nach der Geburt eines Kindes aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und nicht mehr an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren können, weshalb sie sich im Vergleich zu Männern häufig diskriminiert fühlen. Eine gute Lösung ist hier die Möglichkeit, den Mutterschafts- und Elternurlaub auf beide Elternteile auszurichten. Zurzeit haben Väter in Polen die Möglichkeit, in den ersten beiden Lebensjahren des Kindes zwei Wochen Vaterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen. Wird der Urlaub nicht genommen, verfällt er. Zwar kann auch der Elternurlaub (max. 32 Wochen) vom Vater beantragt werden, aber in der Praxis nehmen ihn deutlich häufiger die Mütter. Darüber hinaus sollte der Einsatz der Väter bei der Kinderbetreuung und im Haushalt mit dem Ziel einer ausgeglicheneren Aufgabenverteilung zwischen beiden Elternteilen unterstützt werden. Das könnte die Belastung der Frauen deutlich verringern und zu einer größeren Bereitschaft beitragen, mehr Kinder haben zu wollen.

Hinzu kommen auch die Schwierigkeiten, einen stabilen, gut bezahlten Arbeitsplatz zu finden. Junge Menschen verschieben die Entscheidung, Kinder zu bekommen, solange sie nicht in angemessenen materiellen Bedingungen leben, wozu eine eigene Wohnung gehört. Maßnahmen der Sozialpolitik sollten daher das Ziel verfolgen, jungen Menschen den Eintritt auf den Arbeitsmarkt und in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis sowie den Erwerb einer Wohnung zu erleichtern. Hier sind Steuererleichterungen für junge Menschen oder z. B. die Zinssenkung bei Wohnungskrediten gute Ansätze.

Ein weiterer Grund für die niedrige Geburtenrate in Polen ist, dass entsprechende Partner fehlen. Das ergibt sich u. a. aus dem bestehenden Bildungsgefälle: Junge Frauen haben deutlich häufiger als gleichaltrige Männer einen höheren Bildungsabschluss. Die Maßnahmen der Sozial- und Bildungspolitik sollten also auf die Verringerung des Gefälles zielen und für Jungen und junge Männer entsprechende Anreize schaffen, ebenfalls einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben.

Insgesamt sollten die Maßnahmen der Sozialpolitik für einen Anstieg der Geburtenrate die Präferenzen der jungen Menschen hinsichtlich der Anzahl der geplanten Kinder oder der Möglichkeiten, Arbeit und Familie zu vereinbaren, berücksichtigen. Das Ziel sollte es sein, die Pläne der jungen Menschen, eine Familie zu gründen oder auch nicht, ohne Diskriminierung und negative Bewertung ihrer Entscheidung und Lebenssituation zu erleichtern. Mit Blick auf die verschobene

Entscheidung für ein Kind, die freiwillig oder den jeweiligen Lebensumständen geschuldet sein und mit dem Risiko auftretender Schwierigkeiten bei späterem Kinderwunsch einhergehen kann, sollte die Politik außerdem den Zugang zu modernen und wirksamen Methoden zur Heilung von Unfruchtbarkeit gewährleisten. Die Sozialpolitik, d. h. auch die Familienförderpolitik, sollte sich schnell und flexibel an die sich verändernden Präferenzen junger Menschen anpassen und ihre Einstellungen mit berücksichtigen.

Eine weitere wichtige Herausforderung für die Sozialpolitik ist angesichts der erwarteten demografischen Entwicklungen die öffentliche Gesundheitsfürsorge. Ihre Maßnahmen sollten auf die Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung und die Reduzierung von vermeidbaren Todesfällen und damit auf den Anstieg der Lebenszeit und der Lebensqualität bei Menschen jedweden Alters ausgerichtet sein. Dazu gehören zum einen Leistungen zum Schutz der Gesundheit, z. B. die wirksame Behandlung oder frühzeitige Entdeckung der Krankheiten, welche die Hauptursachen für Todesfälle in Polen sind. Zum anderen sollte der Fokus auf der Aufklärung über einen gesunden Lebensstil (körperliche Aktivität, gesunde Ernährung, negative Auswirkungen des Rauchens, Alkohol- und Drogenkonsums) liegen, der den Gesundheitszustand und die Lebensdauer in hohem Maße bestimmt. Zu den Maßnahmen sollte auch eine weit gefasste Prophylaxe wie Früherkennungsuntersuchungen oder Impfungen gehören. Um die soziale Ungleichheit im Bereich der Gesundheit und der Lebensdauer zu verringern, sollten ein gesunder Lebensstil und die Eigenverantwortung dafür bereits in jungen Jahren vermittelt werden. Angesichts der geschilderten tief greifenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung sowie des Bevölkerungsrückgangs in Polen

sollten für die Sozialpolitik Investitionen in die Gesundheitsfürsorge Priorität haben.

Die alternde Bevölkerung stellt die Entscheidungsträger auch vor große Herausforderungen, was die Gewährleistung verschiedener Unterstützungsleistungen für ältere Menschen sowie ihre Finanzierung betrifft. Die Notwendigkeit, eine weitreichende Reform des Rentensystems durchzuführen, wozu auch die Anhebung des Renteneintrittsalters gehört, wird von Experten seit langem gefordert, ebenso der Bedarf, mehr Personen zu beschäftigen, die am Arbeitsmarkt weniger präsent sind (Frauen, Personen, die kurz vor der Rente stehen usw.). Weiter stellt sich den öffentlichen Institutionen die wichtige Aufgabe, der wachsenden Zahl älterer Menschen (insbesondere den Hochbetagten), verschiedene Formen von Unterstützung (Betreuung, Pflege, praktische Hilfsangebote) zu gewährleisten. Neben der Notwendigkeit, die Ausgaben hierfür zu erhöhen, bedeutet das auch, die Personalkapazitäten in Gesundheits- und Pflegeberufen zu erweitern. Schon jetzt melden ältere Menschen einen ungedeckten Bedarf an Pflegemaßnahmen und es steht zu erwarten, dass er ohne entsprechende Aktivitäten vonseiten der öffentlichen Institutionen weiter wächst.

Um es zusammenzufassen: Polen erlebt umfassende demografische Veränderungen, die große Fragen an die Sozialpolitik stellen. Ziel der staatlichen Aktivitäten in diesem Feld sollte es sein, einerseits eine stabile öffentliche Finanzierung sicherzustellen und andererseits die Verbesserung der Lebensqualität in jedem Lebensalter. Betrachtet man das Tempo, in dem die Veränderungen fortschreiten, hätten manche Lösungen der Sozialpolitik schon längst eingeführt werden sollen.

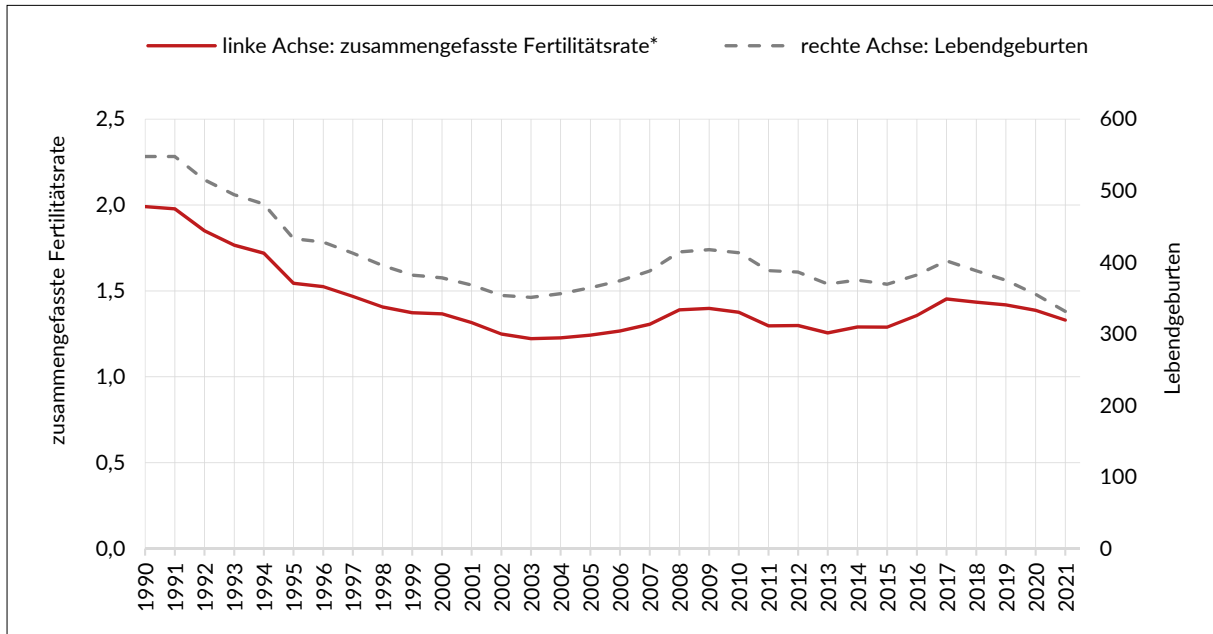
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Dr. *Anita Abramowska-Kmon* leitet den Lehrstuhl für Demografie am Institut für Statistik und Demografie der Wirtschaftshochschule Warschau (*Zakład Demografii, Instytut Statystyki i Demografii, Szkoła Główna Handlowa – SGH, Warszawa*) und ist Chefredakteurin der Fachzeitschrift *Studia Demograficzne* (»Demografische Studien«).

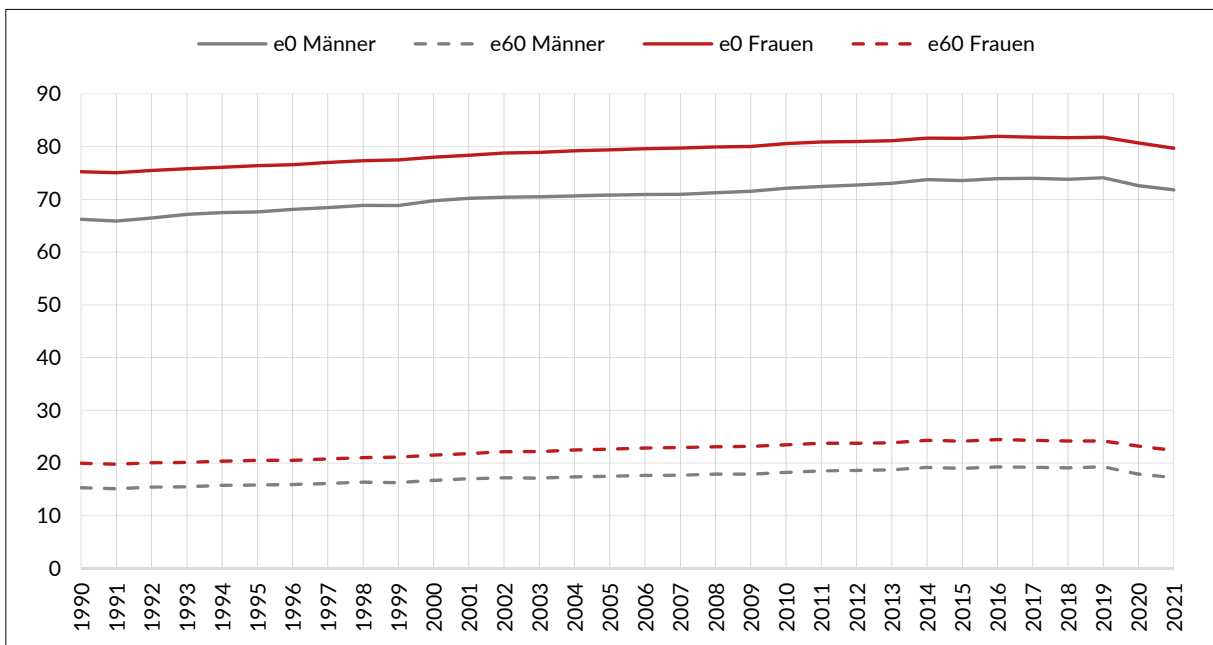
Der Verlauf der demografischen Entwicklung in Polen

Grafik 1: Polen: Zusammengefasste Fertilitätsrate und Anzahl der Lebendgeburten, 1990-2021*



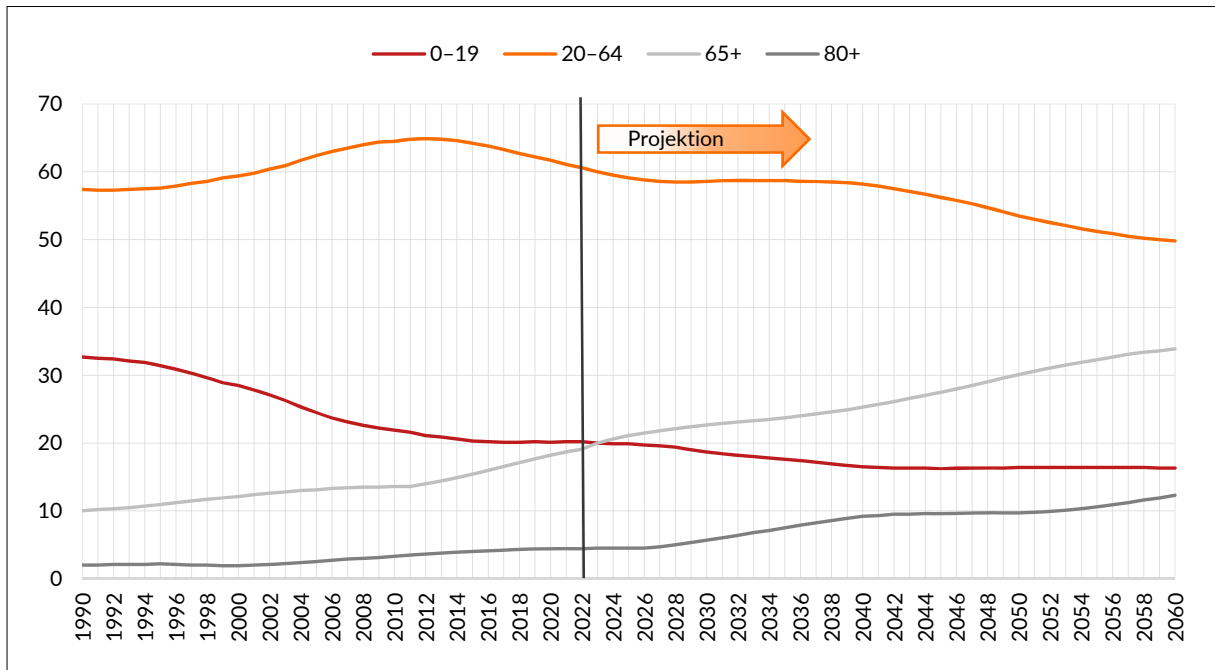
*in der Demografie verwendetes Maß, das angibt, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich im Laufe des Lebens hätte, wenn die zu einem einheitlichen Zeitpunkt ermittelten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für den gesamten Zeitraum ihrer fruchtbaren Lebensphase gelten würden
Quelle: Zusammenstellung von Anita Abramowska-Kmon auf der Datenbasis des Statistischen Hauptamts [Główny Urząd Statystyczny - GUS].

Grafik 2: Polen: Lebenserwartung eines Neugeborenen (e0) sowie eines 60-Jährigen (e60), 1990-2021, männlich/weiblich



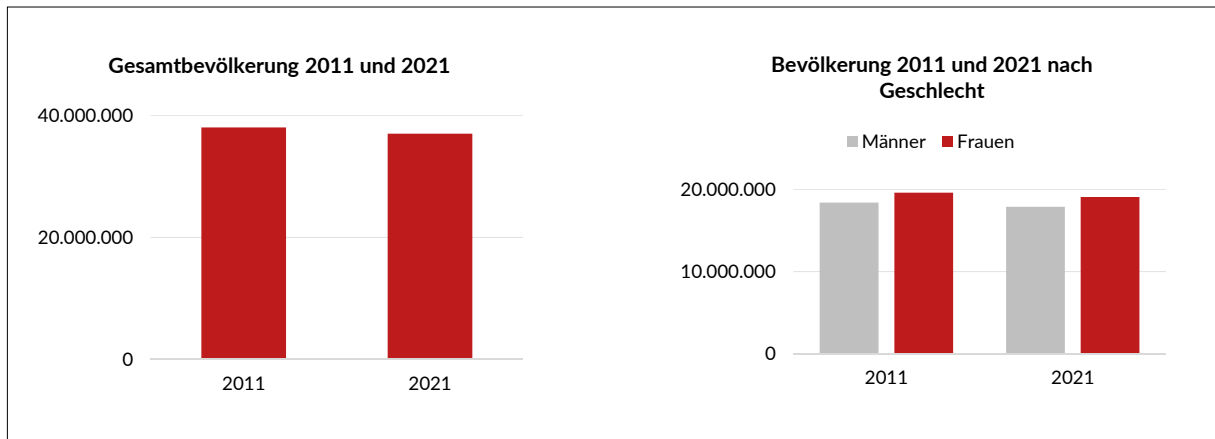
Quelle: Zusammenstellung von Anita Abramowska-Kmon auf der Datenbasis des Statistischen Hauptamts [Główny Urząd Statystyczny - GUS].

Grafik 3: Polen: Bevölkerung nach Altersgruppen, 1990–2060 (%)



Quelle: Zusammenstellung von Anita Abramowska-Kmon auf der Datenbasis von Eurostat sowie von Ergebnissen der Prognose EUROPOP2019

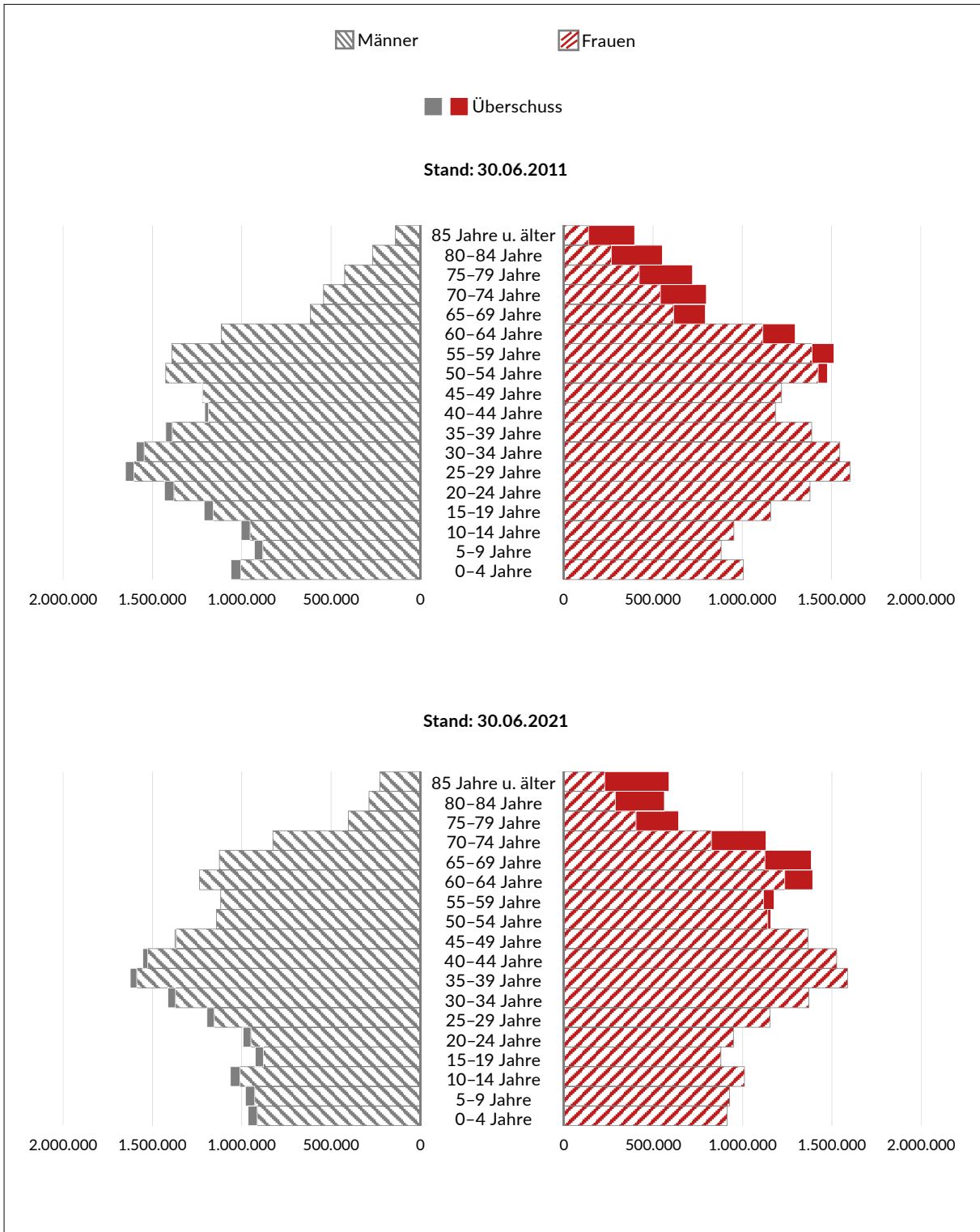
Grafik 4: Polen: Bevölkerung 2011 und 2021 (nach Geschlecht)



	2011		2021		
	Anzahl	%	Anzahl	%	2011=100
Insgesamt	38.044.565	100,0	37.019.327	100,0	97,3
Männer	18.420.389	48,4	17.913.014	48,4	97,2
Frauen	19.624.176	51,6	19.106.313	51,6	97,4

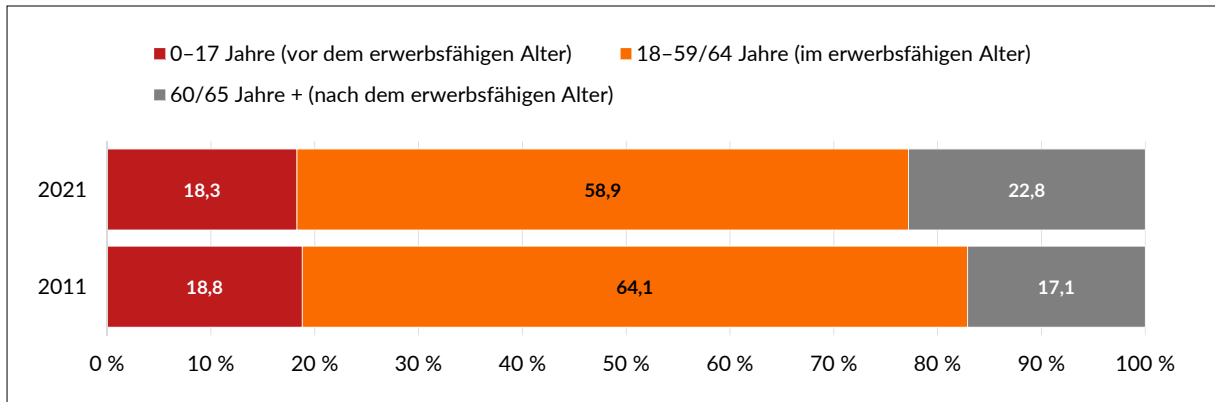
Quelle: Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Ludność rezydująca - informacja o wynikach Narodowego Spisu Powszechnego Ludności i Mieszkań 2021 [Die ansässige Bevölkerung – Information über die Ergebnisse der Nationalen Volks- und Wohnraumzählung 2021]. 21.12.2022. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-rezydujaca-dane-nsp-2021,44,1.html> (abgerufen am 17.03.2023).

Grafik 5: Polen: Bevölkerung nach Geschlecht und Alter 2011 und 2021



Quelle: Ludność według płci, wieku, województw, podregionów, powiatów, miast i gmin – 2002 r. [Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Woiwodschaft, Kreis, Stadt, Gemeinde 2002 [und folgende]]. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-wedlug-plci-wieku-wojewodztw-podregionow-powiatow-miast-i-gmin-2002-r-,6,1.html> (abgerufen am 18.03.2021).

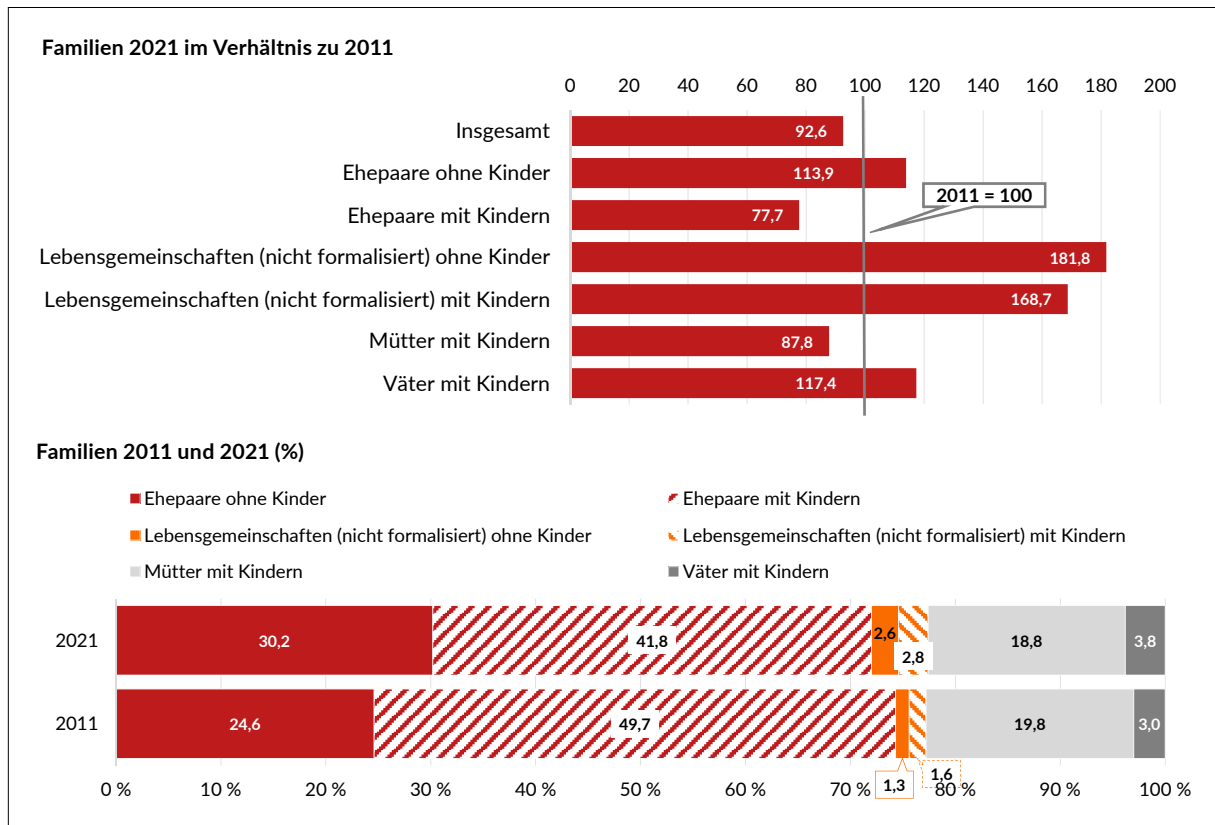
Grafik 6: Polen: Bevölkerungsstruktur 2011 und 2021 (nach Altersgruppen)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Ludność rezydująca - informacja o wynikach Narodowego Spisu Powszechnego Ludności i Mieszkań 2021 [Die ansässige Bevölkerung – Information über die Ergebnisse der Nationalen Volks- und Wohnraumzählung 2021]. 21.12.2022. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-rezydujaca-dane-nsp-2021,44,1.html> (abgerufen am 17.03.2023).

Grafik 7: Polen: Familien 2011 und 2021

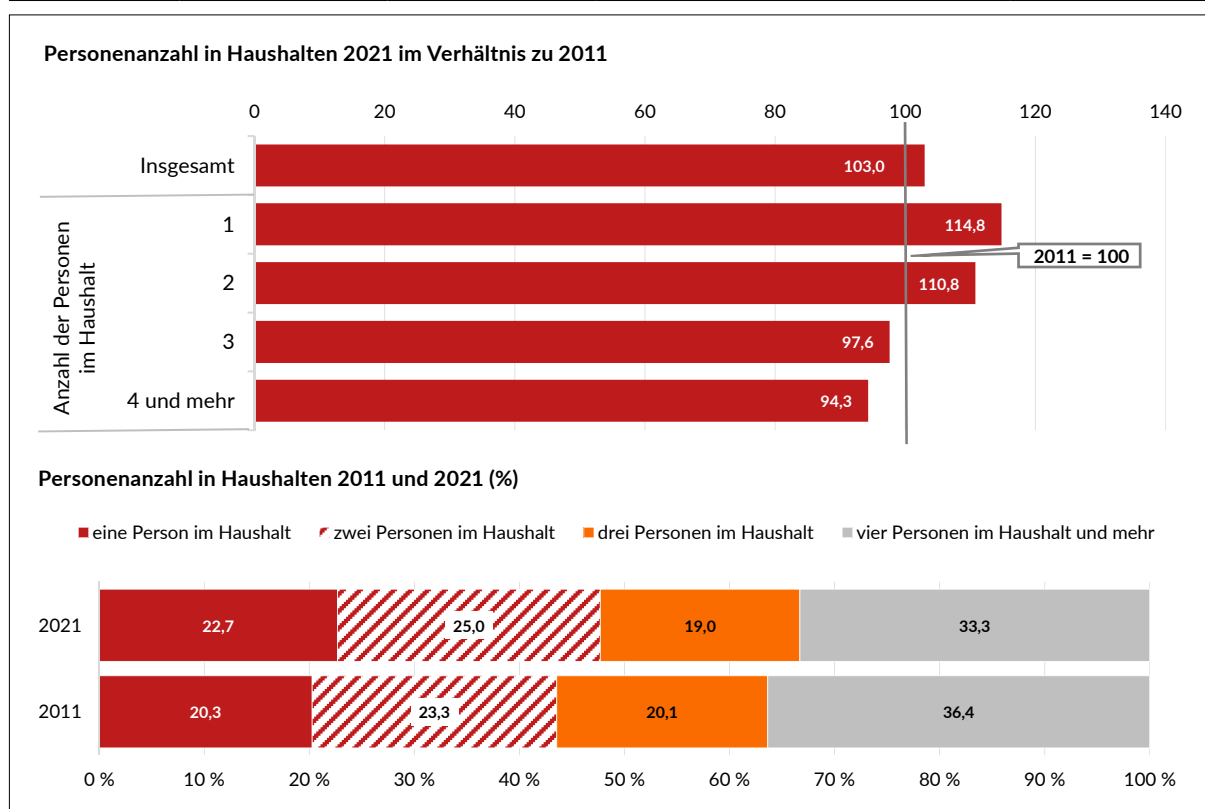
Jahr	Insgesamt	Ehepaare		Lebensgemeinschaften (nicht formalisiert)		Mütter mit Kindern	Väter mit Kindern
		ohne Kinder	mit Kindern	ohne Kinder	mit Kindern		
2011	10.972.500	2.696.400	5.456.800	145.200	171.300	2.174.300	328.600
2021	10.159.300	3.069.900	4.242.100	263.900	288.900	1.908.700	385.700



Die absoluten Zahlen wurden automatisch gerundet, woraus sich ggf. Abweichungen ergeben.
 Quelle: Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Rodziny - wyniki wstępne NSP 2021 [Familie - vorläufige Ergebnisse der Nationalen Volks- und Wohnraumzählung 2021]. 30.01.2023. <https://stat.gov.pl/spisy-powszechno-nsp-2021/nsp-2021-wyniki-wstepne/rodziny-wyniki-wstepne-nsp-2021,9,1.html> (abgerufen am 17.03.2023).

Grafik 8: Polen: Haushalte 2011 und 2021 (nach Personenanzahl)

	Insgesamt	Anzahl der Personen im Haushalt			
		1	2	3	4 und mehr
2011	12.175.300	2.473.400	2.833.100	2.441.600	4.427.100
2021	12.535.800	2.839.600	3.139.500	2.383.200	4.173.300



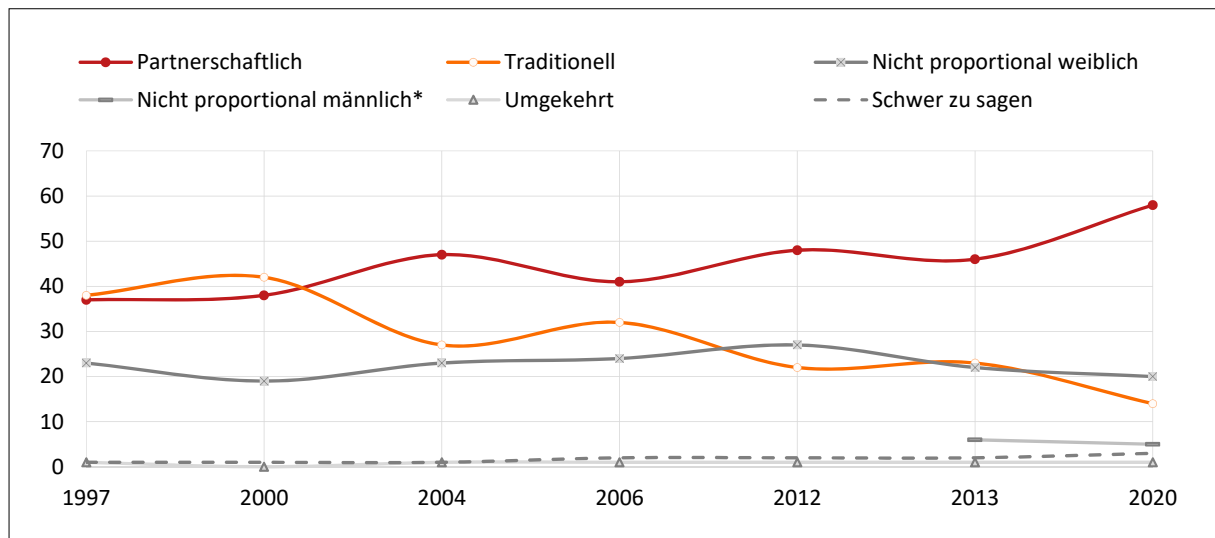
Die absoluten Zahlen wurden automatisch gerundet, woraus sich ggf. Abweichungen ergeben.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny - GUS [Statistisches Hauptamt]: Rodziny - wyniki wstępne NSP 2021 [Familie - vorläufige Ergebnisse der Nationalen Volks- und Wohnraumzählung 2021]. 30.01.2023. <https://stat.gov.pl/spisy-powszechnie/nsp-2021/nsp-2021-wyniki-wstepne/rodziny-wyniki-wstepne-nsp-2021,9,1.html> (abgerufen am 17.03.2023).

UMFRAGEN

Familienmodell, Unterstützung für Familien und Anzahl der Kinder

Grafik 1: Polen: Das bevorzugte Familienmodell (%)

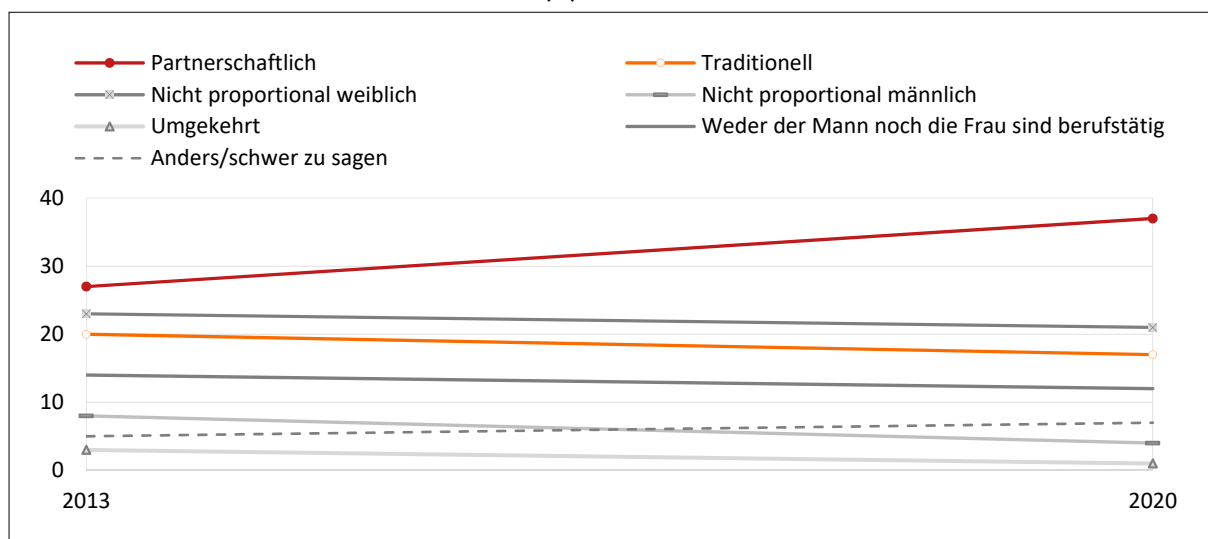


Familienmodell	1997	2000	2004	2006	2012	2013	2020
Partnerschaftlich: Der Ehemann (Partner) und die Ehefrau (Partnerin) widmen ihrer Berufstätigkeit ungefähr gleich viel Zeit und kümmern sich zu gleichen Teilen um Haushalt und Kinder	37	38	47	41	48	46	58
Traditionell: Nur der Ehemann (Partner) arbeitet und verdient ausreichend für den Unterhalt der Familie, die Ehefrau (Partnerin) kümmert sich um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	38	42	27	32	22	23	14
Nicht proportional weiblich: Sowohl der Ehemann (Partner) als auch die Ehefrau (Partnerin) sind berufstätig, der Ehemann (Partner) widmet der Berufstätigkeit mehr Zeit, die Ehefrau (Partnerin) kümmert sich neben ihrer Berufstätigkeit um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	23	19	23	24	27	22	20
Nicht proportional männlich*: Sowohl der Ehemann (Partner) als auch die Ehefrau (Partnerin) sind berufstätig, die Ehefrau (Partnerin) widmet der Berufstätigkeit mehr Zeit, der Ehemann (Partner) kümmert sich neben seiner Berufstätigkeit um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	-	-	-	-	-	6	5
Umgekehrt: Nur die Ehefrau (Partnerin) arbeitet und verdient ausreichend für den Unterhalt der Familie, der Ehemann (Partner) kümmert sich um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	1	0	1	1	1	1	1
Schwer zu sagen	1	1	1	2	2	2	3

*In den Umfragen zwischen 1997 und 2012 wurde das Modell »Nicht proportional männlich« nicht abgefragt.

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 157/2020: Modele życia małżeńskiego Polaków [Ehemodelle der Polen]. Warszawa 12/2020. www.cbos.pl

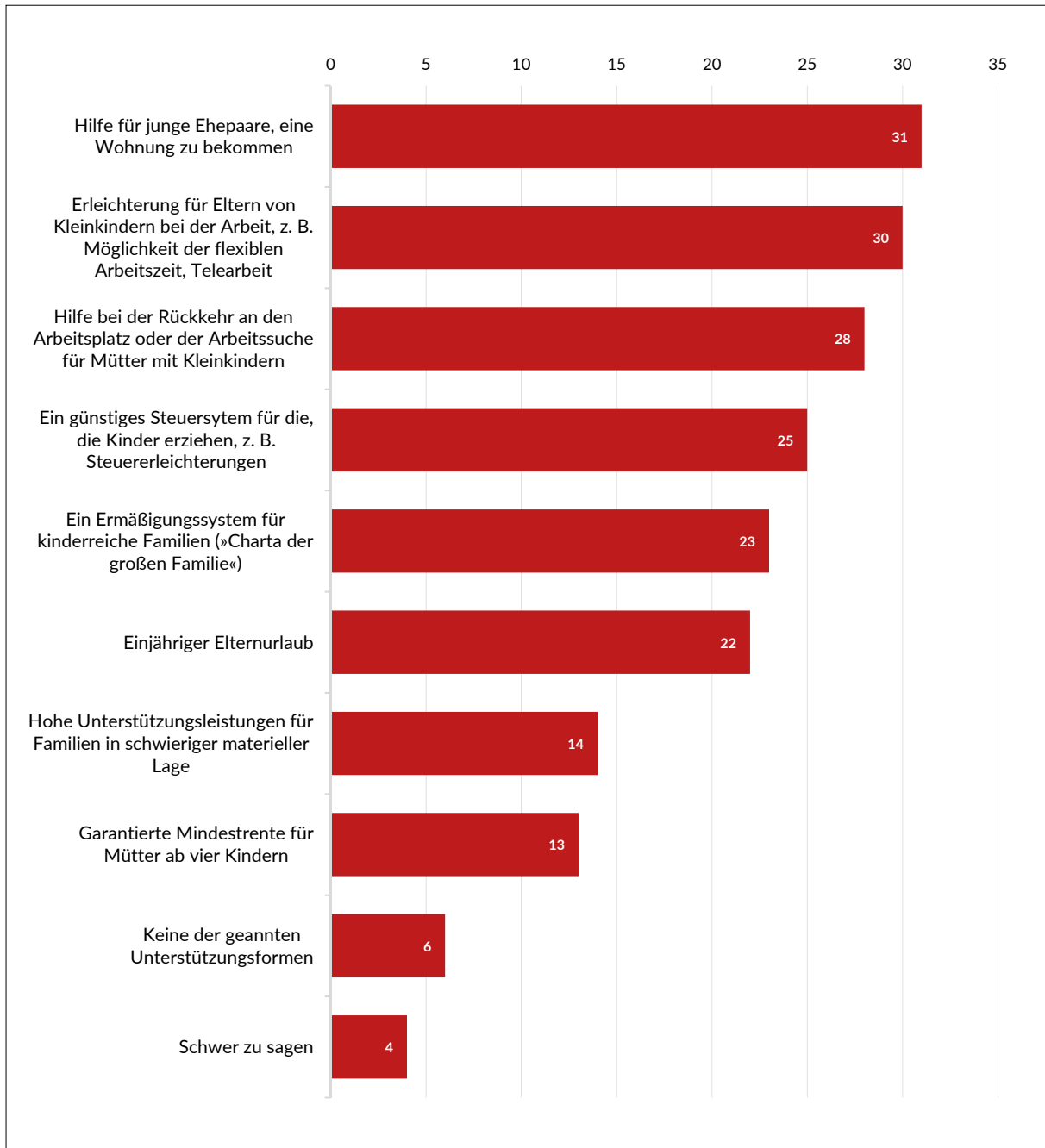
Grafik 2: Polen: Das realisierte Familienmodell (%)



Familienmodell	2013	2020
Partnerschaftlich: Der Ehemann (Partner) und die Ehefrau (Partnerin) widmen ihrer Berufstätigkeit ungefähr gleich viel Zeit und kümmern sich zu gleichen Teilen um Haushalt und Kinder	27	37
Traditionell: Nur der Ehemann (Partner) arbeitet und verdient ausreichend für den Unterhalt der Familie, die Ehefrau (Partnerin) kümmert sich um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	20	17
Nicht proportional weiblich: Sowohl der Ehemann (Partner) als auch die Ehefrau (Partnerin) sind berufstätig, der Ehemann (Partner) widmet der Berufstätigkeit mehr Zeit, die Ehefrau (Partnerin) kümmert sich neben ihrer Berufstätigkeit um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	23	21
Nicht proportional männlich: Sowohl der Ehemann (Partner) als auch die Ehefrau (Partnerin) sind berufstätig, die Ehefrau (Partnerin) widmet der Berufstätigkeit mehr Zeit, der Ehemann (Partner) kümmert sich neben seiner Berufstätigkeit um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	8	4
Umgekehrt: Nur die Ehefrau (Partnerin) arbeitet und verdient ausreichend für den Unterhalt der Familie, der Ehemann (Partner) kümmert sich um den Haushalt, die Kindererziehung u. ä.	3	1
Weder der Mann noch die Frau sind berufstätig	14	12
Anders/schwer zu sagen	5	7

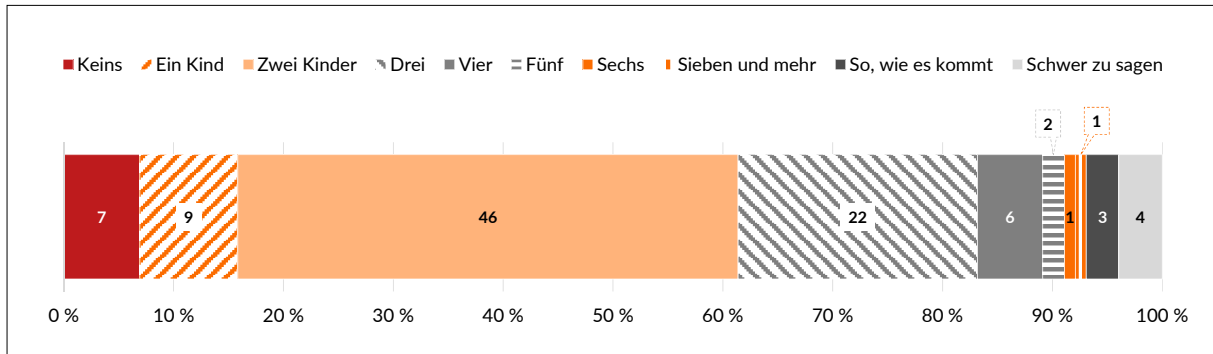
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 157/2020: Modele życia małżeńskiego Polaków [Ehemodelle der Polen]. Warszawa 12/2020. www.cbos.pl

Grafik 3: Polen: Welche Form der Unterstützung für Familien halten Sie für die nützlichsten und für solche, die die Bereitschaft, Kinder zu haben, stärken? (%)



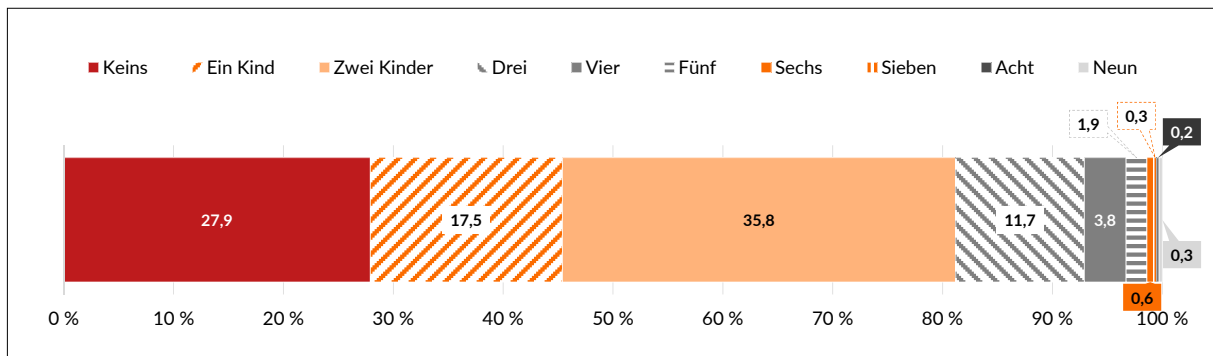
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 104/2022: Ocena polityki rodzinnej rządu i zaspokojenie potrzeb prokreacyjnych Polaków [Die Beurteilung der Familienpolitik der Regierung und der Deckung der Reproduktionsbedürfnisse der Polen]. Warszawa 08/2022. www.cbos.pl

Grafik 4: Polen: Unabhängig davon, wie Ihr Familienstand ist, wie alt Sie sind und ob Sie Kinder haben: Wie viele Kinder möchten Sie in Ihrem Leben haben? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 104/2022: Ocena polityki rodzinnej rządu i zaspokojenie potrzeb prokreacyjnych Polaków [Die Beurteilung der Familienpolitik der Regierung und der Deckung der Reproduktionsbedürfnisse der Polen]. Warszawa 08/2022. www.cbos.pl

Grafik 5: Polen: Wie viele Kinder haben Sie? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 104/2022: Ocena polityki rodzinnej rządu i zaspokojenie potrzeb prokreacyjnych Polaków [Die Beurteilung der Familienpolitik der Regierung und der Deckung der Reproduktionsbedürfnisse der Polen]. Warszawa 08/2022. www.cbos.pl

CHRONIK

7. – 20. März 2023

07.03.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wird in Riad (Saudi-Arabien) vom saudischen Kronprinzen und Ministerpräsidenten Mohammed bin Salman empfangen. Ein Gesprächsthema ist die weitere Zusammenarbeit bei der Lieferung von Erdöl nach Polen. Morawiecki wirbt für Polen als Exporteur landwirtschaftlicher Produkte und als Investitionsstandort für Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energien.
08.03.2023	Präsident Andrzej Duda erklärt in einem Interview des US-amerikanischen Senders CNN, Polen sei bereit, der Ukraine MiG-29 Kampfflugzeuge zu seiner Verteidigung im russischen Angriffskrieg zu liefern.
09.03.2023	Der Sejm verabschiedet einen Beschluss, in dem die »mediale Hetzjagd auf Papst Johannes Paul II.« entschieden verurteilt wird. 271 Abgeordnete unterstützen den Beschluss bei 43 Gegenstimmen und vier Enthaltungen. Von den 126 Fraktionsmitgliedern der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) verweigern sich 125 Personen der Abstimmung. Hintergrund ist die in TVN24.pl veröffentlichte Reportage von Marcin Gutkowski (»Franciszkańska 3«, nach der Adresse des Bischofssitzes in Krakau/Kraków), derzufolge Johannes Paul II. während seiner Amtszeit als Erzbischof von Krakau von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche gewusst haben soll. Kritiker werfen Gutkowski vor, er stütze sich in seinem Film auf Material der Geheimdienste der Volksrepublik Polen.
13.03.2023	Regierungssprecher Piotr Müller teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass polnische Ärzte bereit seien, nach Georgien zu fahren, um dort medizinisch-humanitäre Hilfe zur Behandlung des ehemaligen Präsidenten von Georgien Micheil Saakaschwili zu leisten. Polen warte aktuell auf die formelle Zustimmung der georgischen Seite. Der Gesundheitszustand Saakaschwilis, der in Georgien im Gefängnis sitzt, hat sich mit Anzeichen einer möglichen Vergiftung gefährlich verschlechtert. Dennoch wurde sein Gesuch abgelehnt, ihn zur Behandlung ins Ausland zu verlegen. U. a. Polen hat angeboten, ihn aufzunehmen.
14.03.2023	Das Kreisgericht Warschau-Praga verurteilt Justyna Wydrzyńska, Aktivistin der Pro-Abtreibungsorganisation Aborcynjny Dream Team zu acht Monaten à 30 Sozialstunden. Sie wird schuldig gesprochen, einer schwangeren Frau im Februar 2020 Abtreibungstabletten besorgt zu haben. Der Gerichtsprozess begann im April 2022. Wydrzyńska kündigt an, das Urteil anzufechten. Abtreibung ist nach polnischem Recht nur erlaubt, wenn die Gesundheit und das Leben der Mutter aufgrund der Schwangerschaft gefährdet sind oder die Schwangerschaft Folge einer Straftat ist.
15.03.2023	Die Landesstaatsanwaltschaft gibt eine Erklärung ab, dass Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro berechtigterweise in der Öffentlichkeit eine Schusswaffe zum »persönlichen Schutz« trägt. Der Grund sei die akute Gefahrenlage, in der sich Ziobro befinde, da ein Straftäter, der wegen schwerer Straftaten angeklagt ist, für den Mord an Ziobro 100.000 Zloty geboten habe. Dass Ziobro eine Waffe trägt, ist auf Fotos einer Veranstaltung ersichtlich, an der Ziobro vor zwei Tagen im Braunkohlewerk in Bełchatów teilnahm.
15.03.2023	Regierungssprecher Piotr Müller sagt auf einer Pressekonferenz, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki habe die Entscheidung über die Lieferung von MiG-29 Kampfflugzeugen an die Ukraine für die nächsten vier bis sechs Wochen in Aussicht gestellt. Die Entscheidung werde im Rahmen einiger Länder getroffen, die ebenfalls bereit sind, MiG-29 zu liefern. Gegen die Ukraine führt Russland seit mehr als einem Jahr einen Angriffskrieg.
16.03.2023	Präsident Andrzej Duda kündigt an, dass Polen der Ukraine in den nächsten Tagen vier Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 übergeben wird, weitere würden zurzeit überholt und sollen folgen. Polen werde die Kampfflugzeuge sowjetischer Bauart durch FA-50 Kampffjets aus Südkorea ersetzen. Die Ukraine befindet sich seit mehr als einem Jahr in einem Angriffskrieg vonseiten Russlands.
16.03.2023	Innenminister Mariusz Kamiński gibt bekannt, dass die Behörde für innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) in den letzten Tagen neun Personen festgenommen hat, die verdächtigt werden, mit den russischen Geheimdiensten gegen Polen zusammenzuarbeiten sowie prorussische Propaganda in Polen zu verbreiten. Stanisław Żaryn, stellvertretender Geheimdienstkoordinator, teilt mit, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 18 Personen in Polen festgenommen wurden, die mit den russischen oder belarussischen Geheimdiensten zusammengearbeitet haben.
17.03.2023	Marcin Przydacz, Leiter des Büros für Internationale Politik (Biuro Polityki Międzynarodowej) im Präsidialamt, sagt in einem Radiointerview des Senders PR1 zum derzeit stattfindenden Besuch des tschechischen Präsidenten Petr Pavel in Warschau, dass Pavel für seinen ersten Auslandsbesuch ebenso wie zuvor der slowakische Präsident Warschau gewählt habe, verdeutliche die wichtige Rolle Polens in der Region. Pavel fahre erst danach zum Antrittsbesuch nach Berlin, was symbolische Bedeutung habe.

17.03.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki empfängt in Warschau Alexander Kubrakov, Infrastrukturminister der Ukraine. Themen sind die Beteiligung Polens und polnischer Unternehmen am Wiederaufbau der von Russland verursachten Kriegsschäden in der Ukraine sowie die Zusammenarbeit der Eisenbahnen Polens und der Ukraine.
17.03.2023	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak eröffnet in Olsztyn die zweitägige 1. Militärische Messe für Dienst und Arbeit in den polnischen Streitkräften. Sie wird zeitgleich in allen 16 Woiwodschaften veranstaltet. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums stehen aktuell 167.000 Soldaten unter Waffen. Medienberichten zufolge beabsichtigt Polen, seine Verteidigungsausgaben künftig auf 4 % des Bruttoinlandsproduktes zu steigern.
20.03.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hält an der Universität Heidelberg eine programmatische Europarede unter dem Titel »Europe stands itself at a historic turning point. Will European values endure in the face of the Russian invasion?« Er betont die Bedeutung der Nationalstaaten in Europa, die »nicht ersetzbar« seien. Eine globale europäische Führungsrolle könne nicht durch Zentralismus, sondern ein ausgewogenes Machtverhältnis in Europa sowie die EU-Erweiterung in Richtung Westbalkan und Ukraine erreicht werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>